

# Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten.

Die für gestern abend einberufene öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, die in der Aula des Oberrealgymnasiums stattfand, war von 20 Damen und Herren des Kollegiums besucht. Es fehlte Herr Stadtv. Rüdiger (Bürger). Die übrigen Fraktionen waren vollständig besetzt. Am Reichthum hatte Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider Platz genommen. Der Zuschauerraum war gut besetzt. Es hatte den Anschein, als ob man in abendlicher der beknüppelten Tagesordnung besondere Sensationen erwartete. Der aber mit besonderen Vorurtheilen gerechnet hatte, ist allerdings nicht voll auf seine Kosten gekommen, denn der Antrag der kommunistischen Fraktion, den Bau von Panzerkreuzern betreffend, der vermittels dem kommunistischen Hauptredner Veranlassung gegeben hätte, eine seiner bekannten politischen Agitationsreden loszulassen und widerliche Szenen heraufzubeschwören, wurde, da der Antrag keine Unterstützung fand, mangels abgelehnt. Die Antragsteller mühten sich damit begnügen, daß der Antrag mit dem Verlesen des Wortlautes erledigt war. Bei Beratung des Ratbeschlusses, die Errichtung von 6 neuen Polizeibeamtenstellen betr., konnte sich Herr Meier (Komm.) allerdings wieder einmal ein Wörtchen tun, indem er bestig gegen die seiner Meinung nach unangehörige Verhärterung der Rädlichen Polizei, sowie gegen die Verhärterung und das Verhältnis zwischen Gemeindegliedern und Untergebenen scharf Stellung nahm. Er mußte sich aber auch hier die geduldige Zurechtweisung und Abfuhr gefallen lassen. Dasselbe widerfuhr ihm bei Besprechung der Anfrage der SPD-Fraktion, die Teilnahme des Herrn Oberbürgermeisters am 3. Gaufrühnen des Schützenbundes Niederhessen in Riesa betr. und des damit verbundenen Antrages: „Der Oberbürgermeister genießt nicht das Vertrauen des Stadtverordnetenkollegiums“. Die übrigen Tagesordnungspunkte wurden ohne wesentliche Debatte und zum größten Theil einstimmig erledigt. — Die Sitzung leitete Herr Stadtv. Vorkühler Günther. Es wurde folgendes beraten bzw. beschlossen:

## Eingänge und Mitteilungen.

Der Kriegsschädigte Herr Richard Müller beauftragt sich in einem Schreiben für den empfangenen Ausweis, der ihm verwilligte Fahrt im Kraftverkehr der Stadt Riesa gestattet.

Es lag ferner ein Schreiben der Oberpostdirektion Dresden vor, in dem die Mitteilung, daß man dem Ersuchen um die

## 1. Vollbesetzung in Riesa

nicht nachkommen könne. Gemessen an der vortrefflichen Bahnverbindung sei eine 4. Vollbesetzung nicht erforderlich, zumal auch ein Gewicht fälle, daß wegen der nicht ausreichenden Zahl von Posteingängen die 4. Zustellung nicht genehmigt werden könne. — Auch zur Frage der zweimaligen Vollbesetzung in den der Stadt Riesa angehörenden früheren selbständigen Gemeinden hat die Oberpostdirektion Dresden ablehnend geantwortet und erneut auf die diesbezüglichen postamtlichen Bestimmungen verwiesen.

Dem Kollegium wurde Mitteilung gegeben von einer Aufforderung, aus der zu ersehen ist, welche Stadtverordnete an den Ausschusssitzungen teilgenommen haben.

Der Vorlage einer kommunalpolitischen Zeitschrift hat eine Zuschrift an das Stadtverordnetenkollegium gerichtet, in dem um Verteilung dieser Zeitschrift ersucht wird.

Das Kollegium nahm von diesen Eingängen Kenntnis.

## Ratbeschluss, die Errichtung von 6 neuen Polizeibeamtenstellen betr.

Durch Wegnahme der Landespolizei, die bekanntlich den Aufstiegsdienst in einem Stadtbezirk mit übernommen hatte, hat sich ein Mangel an rädlichen Polizeibeamten eingestellt und somit ist die Errichtung von neuen Polizeibeamtenstellen dringend notwendig geworden. Dies liegt besonders darin begründet, daß Riesa als Eisenbahnknotenpunkt und als Oasenstadt starken Verkehr zu verzeichnen hat. Ueberdies ist es bei der jetzigen Zahl der Polizeibeamten nicht möglich, die verkehrsreichen Straßenkreuzungen in der Stadt in dem Maße zu besetzen, wie dies im Interesse der Verkehrssicherheit erforderlich ist. Herr Stadtv. Vorkühler Günther verlas eine Aufstellung, aus der hervorgeht, daß die Zahl der Polizeibeamten in anderen gleichgroßen Städten entsprechend erhöht ist. Der Dezentrat des rädlichen Polizeiwesens hat vorgeschlagen, den Polizeibeamtendepot um 6 Beamte zu vergrößern und zwar fünf für die Polizei-Hauptwache 2 mal 2 und für die Polizeiwache des Stadtteils Gröbba 2 neue Polizeibeamtenstellen vorgeschlagen. Die geplanten neuen Beamtenstellen würden einen Kostenaufwand von rund 18 000 Reichsmark jährlich erfordern. — Der Personalausschuss hebt dieser Kenntlichmachung freundlich gegenüber. Er hatte aber in Vorschlag gebracht, zunächst in Verhandlungen einzutreten darüber, ob es möglich sei, Mannschaften von der gesehrt nach Riesa verlegten Landes-Gendarmereis-Ausbildungsstelle zur Unterstützung des rädlichen Polizeidienstes zu bekommen. Da dies nach gescheiterten kritischen und ministeriellen Verhandlungen aussichtslos ist, hat der Rat einstimmig beschlossen, 6 neue Polizeibeamtenstellen zu errichten.

Herr Stadtv. Meier (Komm.) leitete die Ratssitzung rundweg ab. Er begründete die Stellungnahme seiner Fraktion zunächst damit, daß die Mehrheit des Kollegiums bei Beratung des Haushaltsplanes seinerzeit beknüppelungen kommunikalischen Anträgen, Wohlfahrtsanstaltungen betr., nicht zugestimmt habe. Er zog dann mit allerlei Einwendungen und Argumenten an, mit denen er beunruhigend kennzeichnete, daß die Kommunisten der Polizei wenig freundlich gesinnt sind. Seiner Meinung nach ist die Polizei nur dazu da, die „Masse“ niederzuhalten, den Ordnungsdienst könnten auch beschäftigungslose Reden verrichten! — Herr Stadtv. Vorkühler Günther bemerkte sehr richtig, daß die von Herrn Meier angebrachten Argumente nicht für ernst genommen werden könnten. Es könne sich nicht darum handeln, die Arbeiter niederzuhalten, sondern ein geregelter Polizeidienst sei notwendig, um die Sicherheit der Rittenreisen zu gewährleisten. — Auch Herr Stadtv. Vorkühler Günther (Soz.) begründete die kommunikalische Behauptung als eigenartig. Es handelte sich darum, den Verkehr zu regeln und auch die Polizeibeamten zu entlasten und bei Krankheit und Urlaub genügend Ersatz zu haben. Besonders mühe der Fraktionen bei dem immer mehr zunehmenden Straßenverkehr gestört sein. — Davon ließ sich aber der kommunikalische Sprecher nicht überzeugen. Er verteidigte wiederholt die Meinung, daß der jetzige Bestand an Polizeibeamten (20) genüge; man solle die für die neuen Stellen erforderliche Summe an Wohlfahrtsanstaltungen verwenden. Also, auf der einen Seite fordert man die 4-Stunden-Arbeitswoche, auf der anderen Seite ist man einverstanden, daß eine bestimmte Kategorie, wenn sie nicht in den Streifen geht, überfahren wird! — Nachdem Herr Stadtv. Vorkühler Günther noch einmal die kommunikalische Auffassung auseinandergesetzt hatte, wurde die Ratssitzung gegen die Stimmen der beiden kommunikalischen Stadtverordneten geschlossen.

## Ratbeschluss, die Errichtung einer Dampfheizungsanlage betr.

Es handelt sich hierbei um die Errichtung einer Dampfheizungsanlage (an) Promenaden Platz, eine Angelegenheit, die das Kollegium mehrfach beschäftigt hat. Bekanntlich hat man bei Beratung des Haushaltsplanes den für diesen Zweck eingekauft gewordenen Betrag gezahlt. Radikallich hat der Bezirksverband Großenhain beschlossen, 500 RM zu den Kosten für die Errichtung der fragl. Heizungsanlage beizutragen. Der Rat hat demzufolge beschlossen, die Angelegenheit, da der gegenwärtige niedrige Wasserstand für die etwaige Errichtung günstig ist, nochmals dem Stadtverordnetenkollegium zur Beratung vorzulegen. — Herr Stadtv. Vorkühler Günther erklärte, daß sich die sozialdemokratische Fraktion dem Projekt gegenüber ablehnend verhalte, da sich das Publikum daran gewöhnt habe, die bestehende Heizungsanlage an der Straße zu benutzen. — Herr Stadtv. Vorkühler Günther gab ebenfalls seinen ablehnenden Standpunkt bekannt. Ueber Voraussetzungen nach werde sich eine Dampfheizungsanlage auf Promenaden Platz nicht rentieren und dann werde die Dampfheizungs-Gesellschaft die Angelegenheit dort wieder einstellen. Herr Meier wies dem weiteren auf die Gefährlichkeit des Ueberfahrens der Kanalisation an der Dampfheizungsanlage hin und empfahl, den für die Errichtung einer Heizungsanlage auf Promenaden Platz benötigten Betrag zur Errichtung einer Ueberführung an der Dampfheizungsstelle, auf die schließlich doch zugestimmt werden müßte, bereitstellen. — Herr Stadtv. Vorkühler Günther wies sodann auf die ständigen Gefahren hin, die die Dampfheizungs-Gesellschaft am Sonntagen von Dresden aus ebraucht wird ausführt. Auch in Riesa bestände das Ueberfahren solcher Fahrten nach Dresden und Weichen. Auf seine Anregung hin wurde beschlossen, den Rat zu bitten, die nötigen Schritte zu unternehmen. Es wäre erfreulich, wenn die Dampfheizungs-Gesellschaft entgegenkommen zeigen würde.

Die Vorlage, Errichtung einer Dampfheizungsanlage auf Promenaden Platz betr., wurde schließlich einstimmig abgelehnt.

## Die Reorganisation einer weiteren Garantielotterie für die Kraftwagensteuer Riesa-Riesa

wurde, nachdem auch der Rat die Ablehnung beschlossen hat, einstimmig abgelehnt, da bisher immer Zufälle gefordert worden sind.

## Ratbeschluss, die Errichtung des Schulgeldes für die Oberrealgymn.

Auf Anordnung des Volksbildungsausschusses ist das Schulgeld an höheren Schulen künftig für ordentliche Schüler von 120 auf jährlich 180 RM. und für Nichtanständige von 180 auf 240 RM. zu erhöhen. Nach erfolgter Errechnung würden die neuen Schulgebühren einen Ueberfluß von 2616 RM. erbringen. — Der Oberrealgymnasialausschuss hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß die erhöhten Schulgebühren für die meisten der in Frage kommenden Eltern nicht tragbar sein würden, weshalb er die Vorlage ablehnt. Der Ausschuss empfiehlt, diesen Bescheid dem Ministerium einzureichen. — Der Rat hat diesen Ausschussbescheid abgelehnt, da er unter den ungünstigen Finanzverhältnissen nicht auf das Geld verzichten könne.

Herr Stadtv. Vorkühler Günther begründete eingehend die ablehnende Stellungnahme seiner Fraktion. Er verlas hierbei eine Aufzählung, die ihm ein tieferer Vater einer Oberrealgymnasialerin zur Verfügung gestellt habe und in welcher für Schulgeld, Bücher usw. für den Zeitraum von 3 Monaten insgesamt 175,76 RM. errechnet worden sind. — Auch die bürgerliche und die kommunikalische Fraktion erklärten sich gegen eine Schulgebührenerhöhung. — Die Ratssitzung wurde sodann einstimmig abgelehnt.

## Anfrage der SPD-Fraktion, die Teilnahme des Oberbürgermeisters am 3. Gaufrühnen des Schützenbundes Niederhessen betr.

Auf Grund des seinerzeit vom Stadtverordnetenkollegium gefassten Beschlusses, der Rat wird ersucht, nur in solchen Veranlassungen eine Vertretung der Stadt zu entsenden, bei denen im Falle des Flaggenstreiches die Farbe der deutschen Republik in ausreichender und würdiger Weise gezeigt werde; bei Veranlassungen, welche die früheren Reichsfarben aufweisen, hat jede Vertretung des rädlichen Körperschaften zu unterbleiben. — hat sich die zwei Mann starke kommunikalische Stadtverordneten-Fraktion berufen gefühlt, gegen die Teilnahme des Herrn Oberbürgermeisters Dr. Scheider Einspruch zu erheben und eine entsprechende Anfrage, der ein Antrag: „Der Oberbürgermeister genießt nicht das Vertrauen der Stadtverordneten“ angehängt ist, an das Kollegium zu richten. Diese Angelegenheit war bekanntlich schon auf die Tagesordnung der vorangehenden Stadtverordnetenversammlung gesetzt worden, wurde aber, da Herr Oberbürgermeister infolge Beurlaubung nicht anwesend war, verlagert. In der gestrigen Sitzung nahm nun Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider das Wort, um den Laienstand darzulegen und sich zu rechtfertigen. Er bemerkte zunächst, daß die Presseberichte, auf die sich die Fragesteller berufen und in denen mitgeteilt wird, daß er die Befreiungsmärkte als Vertreter der Stadt begrüßt habe, richtig seien. In seinen weiteren Darlegungen erklärte Herr Oberbürgermeister, daß er tags vor dem Feste von der Leitung der Schützenvereine Riesa gebeten worden sei, einige Worte der Begrüßung an die von auswärts gekommenen Festgäste zu richten. Er habe sich nach Lage der Verhältnisse dazu bereitwillig gefügt und ausgeführt, in der Ueberzeugung, sich an die gesetzlichen Bestimmungen zu halten und dabei nicht gegen den Bescheid der Stadtverordneten zu verstoßen. Das Reichswort sei im Sinne des Beschlusses des Stadtverordnetenkollegiums gefasst gewesen. Wenn die Einwohnerchaft in überwiegender Mehrheit in den alten Reichsfarben geflaggt habe, so bestünde dagegen keine gesetzliche Handhabe, denn die persönliche Meinungsfreiheit ist durch die Befreiung geschützt. Aus den Farben der zu fraglichem Feste von der Bürgerchaft gehaltenen Flaggen könne die Einsetzung der Schützenvereine nicht in Verbindung gebracht werden. Es sei allerdings seitens der Stadtverwaltung schon einige Male verlangt worden, die Einwohnerchaft zu bewegen, in den neuen Reichsfarben zu flaggen. Dies habe aber nicht die erwünschte Beachtung erfahren. Herr Oberbürgermeister wandte sich sodann dagegen, daß die „Reichsflaggen“ das Fest als ein volkstümliches bezeichnet habe. Aus den gemachten Beobachtungen könne er behaupten, daß die Befreiung ganz und gar den Charakter eines Volksfestes getragen habe. Reiner unterirdisch nochmals, daß er mit der übernommenen Begrüßung als reichlicher Vertreter der Stadt gleichzeitig einen Akt der Öffentlichkeit vollzogen habe. Dies habe er nach bestem Ermessen getan und glänze nicht, gegen den Bescheid der Stadtverordneten verstoßen zu haben.

In der ihm eigenen festigen und verdorrlichen Art nahm sodann Herr Stadtv. Meier Veranlassung, ankommen und zu glücken, so daß er gemeldet wurde. —

Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider hat Herrn Stadtv. Vorkühler Günther, um vor herannahenden Wahlen, die Herr Meier gegen seine Verlegung abzugeben zu können. Herr Vorkühler Günther bemerkte, daß er schon in der letzten Sitzung das unparlamentarische Verhalten des Herrn Meier und wie die heute geäußerten Ausdrücke als den parlamentarischen Gepflogenheiten zuwiderlaufend zurück.

Die im anschließenden Ausführungen der Herren Stadtv. Vorkühler Günther und Stadtv. Vorkühler Günther ausgesprochenen, daß es im Interesse des Herrn Oberbürgermeisters für geraten erscheine, in jedem ähnlichen Falle zuvor die Auffassung des Rates herbeizuführen.

Nachdem als Präzedenzfall Herr Stadtv. Meier noch einige einschlägige Bemerkungen über Veranlassungen andererorts verlesen hatte, erklärte Herr Stadtv. Vorkühler Günther die Angelegenheit für abgeschlossen.

## Kaufnahme eines Neubaus für das zu errichtende Arbeitsnachweisgebäude.

Hierzu gab Herr Stadtv. Vorkühler Günther bekannt, daß die Kosten des zu errichtenden neuen Arbeitsnachweisgebäudes mit 100 000 RM. veranschlagt worden seien und daß als Baufinanzierung ein von der Stadt Döbeln, die ebenfalls ein neues Arbeitsnachweisgebäude errichtet, zur Verfügung gestelltes Kustausch-Darlehen in Höhe von 100 000 RM. aufgenommen werden soll. Die restlichen 80 000 RM. sollen für andere Zwecke zur Verfügung stehen.

Der Rat ist diesem Vorschlag beigetreten. — Die zu bebauende, an der äußeren Bismarckstraße gelegenen Fläche soll 1400 Quadratmeter nicht übersteigen. — Herr Stadtv. Vorkühler Günther erklärte, daß man für diesen Bau zwecks architektonischer Ueberprägung die Beweg (Gemeinnützige Bauvereine) heranzuziehen sollte. — Herr Oberbürgermeister Dr. Scheider erklärte, daß der Antrag des Herrn Stadtv. Vorkühler Günther die Beschleunigung der in Aussicht genommenen Arbeiten herbeiführen könne und empfahl, den Antrag für diesmal fallen zu lassen. Er hat die Sache endgültig zu regeln, da bis zum 1. Oktober dieses Jahres der Plan feststehen müßte. — Herr Stadtv. Meier erklärte, daß durch den neuen Antrag die Sache keine Beschleunigung erfahre. — Herr Stadtv. Vorkühler Günther leitete seinen Antrag dahin ab, daß in Zukunft die Beweg möglichst zu allen gemeinnützigen Arbeiten herangezogen werden möchte. — Herr Stadtv. Vorkühler Günther hat den Rat, von dem Antrag die Kenntnis nehmen zu wollen. Sodann beschloß das Stadtverordnetenkollegium einstimmig im Sinne der Vorlage.

## Abrechnung über den Bau des Familienwohnhauses am Schloßhof.

Herr Stadtv. Willkomm (Soz.) brachte die Abrechnung über das errichtete Wohnhaus für im rädlichen Schloßhof tätige Beamte zur Verfügung. Das Gebäude ist bekanntlich in rädlicher Regie erbaut worden. Aus dem Rechnungswert geht hervor, daß die Ausführung der Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten gegenüber dem Vorkaufschlag von 26 720 RM. nur 26 242,22 RM. Kosten erforderte. Die Gesamtkosten des Baus betragen 66 000 RM., gegenüber dem Vorkaufschlag von 66 000 RM. Herr Stadtv. Willkomm bemerkte hierzu, daß die vorliegende Abrechnung erneut den Beweis erbracht habe, daß der Regiebau doch leistungsfähig sei und vor allem preisregulierend wirke. Das rädliche Bauamt habe bei diesem Bause mit dem Privat-Unternehmen in Wettbewerb gestanden, aus denen das Bauamt als billiger hervorgegangen sei. — Der Schloßhofausschuss und der Rat haben die Rechnung richtiggeprüft.

Herr Stadtv. Meier äußerte sich zu der Abrechnung vom bauschulischen Standpunkte aus und erklärte, daß die Rechnung des Stadtbaumeisters an sich wohl richtig sei, daß er dieselbe als Sachmann aber nicht unterschreiben würde.

Nach kurzer Erwiderung des Herrn Stadtv. Willkomm sprach das Kollegium die Rechnung einstimmig richtig.

## Ergebnis für den Beschwerdeausschuss beim Hofplatz und Jugendamt.

Anstelle des bisherigen Vertreters der Kleinrentner, Herrn Privatrat Blumenstein, der infolge seines vorgerückten Alters und aus Gesundheitsrücksichten ausscheidet, wurde auf Vorschlag des Kleinrentner-Vereins Frau Private Agnes Schaefer in den Ausschuss berufen.

## Genehmigung eines Vorkaufes an die rädlichen Arbeiter zur Beschaffung von Wintervorräten.

Wie in den vorhergehenden Jahren, soll auch in diesem Jahre den mindestens 6 Monate bei der Stadt beschäftigten Arbeitern ein Vorkauf zur Beschaffung von Wintervorräten gestattet werden. Dem Vorkauf des Finanzausschusses, den in Frage kommenden Arbeitern 20 RM. Vorkauf zu geben, hat auch der Rat zugestimmt. Das Kollegium trat der Ratssatzung einstimmig bei. Die Auszahlung soll umgehend erfolgen.

## Wahl von 3 Vertrauensmännern für den Ausschuss zur Wahl der Waisen und Waisenkinder.

Die sozialdemokratische Fraktion schlägt die bisherigen Vertrauensmänner, Herrn Günther und die von Seiten der bürgerlichen Fraktion wurde der bisherige Vertreter, Herr Meier, vorgeschlagen. Die kommunikalische Fraktion brachte Herrn Meier in Vorschlag. Bei der mündlichen Abstimmung erzielte Herr Meier die Stimmen von Herrn Günther und die 18, Herr Meier 12 und Herr Meier 1 Stimmen. Die ergebnissen drei Herren seien somit als gewählt.

## Antrag der SPD-Fraktion, den Bau von Panzerkreuzern betr.

Folgender Antrag der kommunikalischen Fraktion: „Das Stadtverordnetenkollegium ersucht auf das schärfte gegen den Bescheid der Reichsregierung, den Panzerkreuzer A zu bauen. Das Kollegium fordert, daß diese Millionen den Gemeinden für soziale und kulturelle Aufgaben zur Verfügung gestellt werden.“

Die Beratung um Verteilung von Mitteln zur Errichtung eines Gemeindebüros ist, da gegen die gestrige Beratung Widerspruch erhoben wurde, auf die Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung gesetzt werden.

Die öffentliche Sitzung, der sich eine nichtöffentliche anschließt, wurde 10 Uhr geschlossen.